

Autor:	Timo Landenberger	Ausgabe:	Passauer Neue Presse Stadt- und Landkreis Passau
Seite:	22 bis 22	Jahrgang:	71
Ressort:	Passau Stadt	Nummer:	272
Quellrubrik:	Passauer Neue Presse - Ausgabe A		
Weblink:	http://www.pnp.de/nachrichten/artikel.php?cid=29-56479526&Ressort=asta&BNR=0		

Die große Kluft Europas

Visionen und Ängste junger EU-Bürger: Studie in Passau vorgestellt

22 Jahre in der Zukunft: Die Institutionen der Europäischen Union beschäftigen sich vorwiegend mit der Einhaltung der Menschenrechte. Auch Bildung, Sicherheit und Freiheit stehen als Top-Themen auf der Agenda. Derweil ist Krieg und Terror aus Europa nicht mehr wegzudenken, rechtsextreme Parteien erhalten weiterhin großen Zulauf, Rassismus und Diskriminierung hat sich als ernsthaftes Problem etabliert.

So jedenfalls lauten die Visionen und Ängste junger EU-Bürger im Hinblick auf das Jahr 2038, die in einer länderübergreifenden Studie erfasst wurden. Erste Ergebnisse dieser Erhebung wurden im Rahmen eines Vortragabends an der Universität Passau vorgestellt, wo die Daten für Deutschland gesammelt wurden. Initiiert und geleitet wurde das Projekt von Dagmar Strohmeier, Professorin an der Fachhochschule Linz. "Tatsache ist, dass die EU von alten Männern regiert wird", sagte Strohmeier in Passau. "Die Stimme der jungen Menschen muss verstärkt werden." Und das bewusst im Hinblick auf das Jahr 2038. Denn dann seien sie es, die die entscheidenden Positionen besetzen. Und außerdem: 2020 könne ja jeder.

In sieben europäischen Ländern wurden Befragungen durchgeführt, neben Deutschland und Österreich auch in Großbritannien, Italien, Österreich, Rumänien und Spanien. "Wichtig war uns, sowohl bei den unterschiedlichen Ländern, als auch bei den Teilnehmern

ein möglichst breites Spektrum abzudecken", sagte Strohmeier bei der Präsentation der Ergebnisse aus Österreich. Dort waren die insgesamt 1348 Befragten zwischen 16 und 25 Jahre alt, teils mit Migrationshintergrund, teils ohne und mit unterschiedlichsten Bildungsabschlüssen. Auffallend mehr Männer als Frauen befürchten Krieg und Terror in Europa, während deutlich mehr Frauen die Priorität für Themen der EU 2038 in den Menschenrechten sehen.

Die Ergebnisse seien in Deutschland ganz ähnlich ausgefallen wie in Österreich, erklärte Professor Detlef Urhahne, Lehrstuhlinhaber für Pädagogische Psychologie. Er betreute die Studie an der Universität Passau, mit Teilnehmern vorwiegend aus Bayern und Baden-Württemberg. Auch hier sind Menschenrechte, Bildung und Freiheit als die relevanten Themen der Zukunft eingestuft wurden. Als persönliche Ziele wurden Gesundheit, Familie und Glück noch deutlich vor Besitz und Karriere genannt. Urhahne ist sich sicher: Wenn die Europäische Union die jungen EU-Bürger für sich gewinnen will, dann müsse sie sich auch mit deren Themen auseinandersetzen, sich beispielsweise künftig stärker für die Einhaltung der Menschenrechte einsetzen.

Professor Stefan Rappenglück von der Hochschule München beschäftigt sich bereits seit vielen Jahren mit dem Thema Jugend in der Europäischen Union. Er sprach in Passau von einer

großen Kluft zwischen jenen, die von den Vorteilen der EU profitieren und denjenigen, die von den Krisen getroffen wurden. "Einerseits haben wir zwar eine Zunahme an Studenten, andererseits sind viele junge Menschen ganz ohne Bildungsabschluss", sagte Rappenglück. "Und gerade Spanier sind eigentlich sehr gut ausgebildet, haben aber bei der hohen Arbeitslosigkeit einfach keine Perspektiven." Da sei es nicht verwunderlich, dass Europa als etwas Negatives wahrgenommen werde.

Letztlich müsse die Jugend mehr in die politische Willensbildung mit einbezogen werden. "Es gibt zwar jede Menge Angebote, wie etwa die Jugendstrategie. Das bringt aber nichts, weil sie kein Mensch kennt", beklagte Rappenglück. "Und dass nicht nur Studenten, sondern auch Azubis im europäischen Ausland unterwegs sein können, und das sogar finanziert bekommen, ist ebenso unbekannt. Die EU hat ein eindeutiges Kommunikationsproblem." So hätten viele junge Menschen das Gefühl, nicht ernst genommen zu werden, was wiederum zu einer schizophrenen Situation geführt habe. "Für einige hat die EU eine Verbesserung gebracht. Der andere Teil rutscht darunter durch. Die EU steckt in einer substanziellen Krise, die schleunigst gelöst werden muss." Dagmar Strohmeier ergänzte: "Wenn sich Europa nicht grundlegend ändert, dann gibt es bald kein Europa mehr."

Urheberinformation: (c) 2016 NeuePresseVerlags-GmbH Passau